

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 2

Artikel: Mirage : Visitenkarte des EMD
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mirage — Visitenkarte des EMD

Schon seit Jahren verfolgt eine große Anzahl Schweizer Bürger, darunter maßgebende Politiker, Wissenschaftler, Ingenieure, hohe Militärs, die Entwicklung im EMD mit Beunruhigung. Für diesen Personenkreis kam der Mirageskandal ganz und gar nicht überraschend.

Es ist erfreulich, daß unter dem Eindruck der Mirageaffäre eine Reihe von Reorganisationsvorschlägen eingebracht wurde, die es raschestens zu verwirklichen gilt. Um zu verhindern, daß die Reformen auf halbem Wege stecken bleiben, ist es notwendig, mit Offenheit auf die Zustände im EMD aufmerksam zu machen.

Es sei festgehalten, daß nachstehende Ausführungen sich nicht gegen diejenigen Instruktionsoffiziere, Generalstabsoffiziere und Militärbeamten richten, die guten Willens sind und jahraus, jahrein zuverlässig und loyal ihre Pflicht erfüllen und zum Teil unter den gegenwärtig im EMD herrschenden Verhältnissen leiden oder gelitten haben. Die Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf eine ganz bestimmte Kaste und Gruppe von Offizieren und Beamten, die, obwohl sie in der Minderheit sind, seit Jahren das Geschehen im EMD maßgeblich beeinflussen. *Die Redaktion*

Symptome und Feststellungen

Es läuft einem heute noch kalt über den Rücken, wenn man den an die eidgenössischen Räte adressierten Bericht der von National- und Ständerat eingesetzten Kommission über die Abklärung der Mirageangelegenheit liest. Studiert man die einzelnen Abschnitte, so empört man sich unwillkürlich über die Art und Weise, wie im Departement Chaudet in der Miragesache vorgegangen worden war. Demgegenüber stellt man mit großer Genugtuung fest, daß die Parlamentarier eine rasche und hundertprozentige Untersuchung durchgeführt hatten und daß außerdem ihr *Untersuchungsbericht* sich durch eine klare Sprache auszeichnet. Die darin vorkommenden Ausdrücke sind für das EMD reichlich beschämend. Die bezüglichlichen Feststellungen dürfen aber auf keinen Fall so schnell vergessen werden, wenn auch die Drahtzieher im EMD mit dem kurzen Gedächtnis des Bürgers spekulieren. Formulierungen wie «geradezu irreführend», «leichtfertig», «bedenkenlos», «bewußt tendenziös redigiert», «grob fahrlässiges Verhalten», «befremdliche Umstände», «irreführende Angaben», «lückenhaft», «besonders nachlässig» usw. lassen sich aber nicht so leicht aus einem «Reinheft» ausradieren.

Auch die Kommission Abrecht nimmt kein Blatt vor den Mund und schildert die unglaublichen Zustände im EMD, wenn sie in ihrem Bericht zu folgenden Feststellungen kommt: «... objektiv kaum vertreten ist», «unzutreffend», «nichts vorgesehen», «zumindest ... hätte sagen müssen», «man täuschte vor ...», «Projekt war in technischer Hinsicht noch unvollständig abgeklärt und hätte noch nicht unterbreitet werden dürfen», «unzutreffend»,

«unter keinen Umständen zukam», «ungenau, falsch, irreführend», «vorgetäuscht», «verschwiegen . . .» und dergleichen mehr.

Doch schon lange vor dem Miragedebakel wurden Stimmen laut, die eine derartige Entwicklung voraussagten, aber in den Wind geschlagen wurden. Jedermann, der sich näher für die Zustände im Gebiet der schweizerischen Landesverteidigung interessiert, kann im Buch von O. Frey «Landesverteidigung am Wendepunkt» (1959) im dritten Abschnitt «Auswirkungen des Systems» unter dem Titel «Das Parlament wird entmachtet» einige Kritiken gegenüber den Verhältnissen der Vor-Miragezeit finden. Man weiß heute, daß im EMD merkwürdige Dinge geschahen. Man weiß aber auch, daß das Volk nicht gewillt ist, sich über die betreffenden Vorkommnisse hinwegzusetzen. Das geht aus den verschiedenen parlamentarischen Voten hervor. Hat nicht Nationalrat Müller (Luzern) am 1. März 1965 festgestellt: Die parlamentarische Untersuchungskommission war durch die Tatsache behindert, daß gewisse Dokumente, so insbesondere wichtige Entwürfe zur Miragebotschaft, angeblich unauffindbar sind. Man erinnert sich, daß Nationalrat Müller den Bundesrat auch um Auskunft darüber ersuchte, ob die mit der Untersuchung gegen Direktor Kaech beauftragten Richter die Affäre der verschwundenen Dokumente zu prüfen hätten, und ob zur Abklärung dieser Angelegenheit sonst etwas vorgekehrt worden sei. Die Kommission Abrecht stellt wohl in Übereinstimmung mit der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft fest, daß wichtige Vorentwürfe zur Botschaft 1961 weitgehend fehlten und daß die Vorgeschichte der Miragebotschaft unklar sei, ohne jedoch im weiteren der Sache auf den Grund zu gehen. Die Antwort des Bundesrates geht über diese Fragen vollständig hinweg.

Ein weiteres Symptom für die Methoden des EMD ist der Einsatz eines Reklamebüros. Im erwähnten Buch von O. Frey, also schon 1959, wird auf Seite 148 das Propagandabüro Farner als das Sekretariat des «Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft» vorgestellt. Bekanntlich ist der Schöpfer und der erste Präsident dieser Vereinigung Oberstkörpskommandant G. Züblin gewesen, und man hat in der Zwischenzeit genügend über dieses Büro zu hören bekommen.

In Anbetracht dieser unerfreulichen Zustände wurden schon vor Jahren von einsichtigen Parlamentariern aller Parteien verschiedene Vorstöße unternommen, um durch zweckmäßige Reformen den Mißständen im EMD ein Ende zu bereiten. Alle diese Motionen wurden süßlich lächelnd von Chaudet entgegengenommen, aber die Sorge, die in den Vorstößen zum Ausdruck kam, kaltlächelnd schubladisiert. Wohl beteuerte Bundesrat Chaudet jedesmal, wenn er eine Motion gnädigst entgegennahm, sie sei schon verwirklicht oder man sei daran, sie zu verwirklichen. Die Mirageereignisse zeigen aber, wie das Parlament hintergangen wurde.

Das falsche System

Die Schwierigkeiten, mit denen das EMD nicht fertig wird, bestehen seit Jahrzehnten. Seit ebenso langer Zeit wird an der Organisation herumgedoktort, ohne jedoch ans Ziel zu gelangen. Warum? Weil unfähige Leute am Werke sind und die wirklichen Fehlerquellen nicht ausgemerzt werden. Es ist doch bezeichnend, daß seit Jahren selbst in der bürgerlichen Presse immer wieder darauf hingewiesen wird, daß das System im EMD falsch sei. Es ist leider bekannt, daß es eine Reihe von Militärs gibt, die glaubt, daß die militärischen Maximen sich auch für die Verwaltung eignen. Sie sind der Auffassung, daß sie die Verwaltung «führen», das heißt, befehlen müßten. Daß aber eine derartige Ansicht heute nicht mehr zeitgemäß ist, zeigt das Studium der Verhältnisse im Ausland. Obwohl einige Generalstäbler vergeblich sich bemühten, zu beweisen, daß überall im Ausland einzig und allein der Generalstabschef für alles, was die Armee anbetrifft, verantwortlich sei, ergaben die Auskünfte aus dem Ausland das Gegenteil.

Die Situation im Ausland hat sich seit dem letzten Weltkrieg radikal geändert. In einer sehr aufschlußreichen Studie «Befehlsprinzip oder Verwaltung», welche in der westdeutschen Militärzeitschrift «Truppenpraxis» im Jahre 1960 veröffentlicht wurde, wird durch einen Juristen auf die Notwendigkeit der Trennung zwischen Verwaltung (Aufbau der Armee) und Befehlsprinzip (Führung einer Armee) eingegangen. Der Verfasser führt aus:

Die von den Militärs in verschiedenen Kritiken geäußerte Ansicht, daß sie nicht mehr direkt Einfluß nehmen könnten, ist nicht so verwunderlich, weil in der früheren Wehrmacht ein unmittelbarer befehlender Einfluß des Soldaten auf die Verwaltung vorhanden war. Heute sieht sich der militärische Führer einer anderen Situation gegenüber. Bei der Bundesverwaltung ist von dieser früheren Doppelstellung der Chefs der Verwaltung bei Heer und Marine abgegangen worden.

Weiter führt die Studie aus, daß ganz besonders die grundlegenden Überlegungen aufschlußreich sind, welche den Gesetzgeber veranlaßten, die Trennung in Verwaltung und in Armee einzuführen:

Der Soldat soll von der Verantwortung für Verwaltungsaufgaben so weit wie irgend möglich entlastet werden, um sich um so intensiver seinen rein militärischen Aufgaben widmen zu können.

Im Bereich der Verwaltung kann das für den militärischen Bereich selbstverständliche Prinzip des Befehls und des Gehorchens keine Geltung haben. Ordnungsgemäßes Verwalteterwerden kann nur auf der Grundlage von Gesetzen, Rechtsverordnungen und sich darauf stützender Ausführungsbestimmungen erfolgen. Die der Verwaltung zufallenden Aufgaben können ferner nur im gesetzlichen Rahmen und auf dem gesetzlich vorgeschrie-

benen Weg realisiert werden, der sich nicht durch einen militärischen Befehl bestimmen läßt.

Aus diesen Überlegungen folgt zwingend, daß in der Verwaltung nur Personen eingesetzt werden dürfen, die eine fachliche Ausbildung erhalten haben, wie sie in der allgemeinen Verwaltung notwendig und vorgeschrieben ist. Der Autor fügt noch hinzu, daß viele bittere Erfahrungen notwendig waren, bis sich diese Einsicht durchsetzen konnte.

Daß bei uns immer noch das Befehlsprinzip vorherrscht, geht aus einer Formulierung des Pressedienstes des EMD deutlich hervor:

Die Armee ist der Bereich des Befehls. Die Armee muß die widerspruchslöse Einordnung ihrer Angehörigen in das Ganze fordern. Ihr Verkehrsweg ist der «Dienstweg» und nicht das Gespräch».

Dies ist richtig, solange es sich um die Führung der Armee, um die Ausbildung der Armee, also um die befohlene Zusammenarbeit, handelt. Wenn aber der Pressechef des EMD meint, das gleiche gelte für die Verwaltung, dann ist er auf dem Holzweg.

Niemand wird den Militärs den Anspruch auf die Führung der Armee und die Durchführung der Ausbildung im Frieden streitig machen, obwohl auch hier nicht vergessen werden darf, daß heute bei der hochgradigen Technisierung die Militärs ohne technische Fachleute nicht mehr auskommen können.

Auf dem Gebiet der Verwaltung (Aufbau der Armee) liegen die Verhältnisse total anders. Die Ansprüche, denen jene Personen zu genügen haben, welche in der Verwaltung eingesetzt werden müssen, sind ganz andersartig als diejenigen an die Militärs. Der Aufbau der Armee kann nur erfolgreich sein, wenn ausgebildete Fachleute im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und auf Grund einer sauberen freiwilligen Zusammenarbeit, also mit Hilfe des Gesprächs, im wahrsten Sinne des Wortes im Teamwork Hand in Hand schaffen. Hier gilt nicht der Dienstweg, nicht der Befehl.

Der Mirageskandal hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin das falsche System, das heißt der Einsatz von Militärs mit ihrem «Dienstweg» und ohne technische Ausbildung führt. Durch Nationalrat Bringolf erfuhr man, daß die Obersten Keller und Bloetzer keine genügenden Kenntnisse im Gebiet der Flugzeugbeschaffung und der Elektronik aufzuweisen hatten. Auf die naheliegende Frage: «Wer hat die Zustimmung zu einer derartigen ungenügenden Zusammensetzung der AGF gegeben?» gibt der Miragebericht eindeutig Antwort. «Der Vorsteher des Militärdepartementes (Chaudet) ernannte Oberst Keller und Oberst Bloetzer zu Mitgliedern der AGF.»

In Unkenntnis des gefährlichen Spiels wurde von diesen Herren zuerst versucht, mit lächerlichen Sprüchen, wie «Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden», die kritischen Situationen zu meistern. Als das nicht mehr zog, wurden die verantwortlichen Ingenieure mit der großmäuligen Phrase

«die Truppe übernimmt die Verantwortung» auf die Seite geschoben. Wenn der Instruktionsoffizier Bloetzer jemals daran gedacht hätte, die Verantwortung wirklich zu übernehmen, so hätte er nun schon längst seine Demission einreichen müssen.

Falsche Methoden im EMD

Die Miragekommission erkannte, daß der schon seit langem im EMD herrschenden Hegemonie der Militärs ein Ende gesetzt werden müsse, und sie verlangte, um weitere Fiaskos zu vermeiden, im Abschnitt «Organisatorische Änderungen»:

Der Rüstungschef und seine Mitarbeiter sind zivile Organe. Sie werden einzig und allein auf Grund ihrer beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen gewählt, nicht aber in Beziehung zu ihrer militärischen Karriere. Auf diese Weise kann die nötige personelle Kontinuität geschaffen werden.

Trotz dieser deutlichen Sprache hat der Chef des EMD bis heute rein nichts vorgekehrt, im Gegenteil. Man hört sagen, daß der Instruktionsoffizier Kuenzi in LVK als Rüstungschef amte! Die angeschlagenen Instruktionsoffiziere sind noch immer in Amt und Würde. Der Militärapparat wird weiterhin aufgebläht. Vor kurzem schrieb die «Tat» unter dem vielsagenden Titel «Organisationshysterie im EMD»:

Von der Verpflichtung zur Sparsamkeit ist in den Plänen des EMD wenig zu spüren. Das verwundert nicht, stehen ihnen doch genau die gleichen Leute zu Gevatter, die schon bei der Miragebeschaffung ihr Wunschdenken nicht zu zügeln wußten. Oberstbrigadier Bloetzer zum Beispiel hat unverhüllt davon gesprochen, man müsse unbedingt mehr Obersten haben. Da dies tatsächlich der einzige Zweck der vorgesehenen Neuorganisation der Flieger- und Flabtruppen ist, kann ruhig darauf verzichtet werden. In den umstrittenen Militärbudgetrahmen paßt die Organisationshysterie mit ihren kostspieligen Auswirkungen ohnehin nicht.

Die Hegemonie der Militärs

Die verheerende Wirkung der Hegemonie der Militärs wurde durch das Miragefiasko endlich offensichtlich. Die Militärs fühlen sich über alles erhaben. Die Einbildung, daß sie selbst den politischen Behörden zu befehlen hätten, findet ihren vielsagenden Niederschlag im unverschämten Ausspruch auf Seite 38 der Zusatzkreditbotschaft 1964:

Die einmal begonnene Beschaffung wird wohl oder übel abgeschlossen werden müssen.

Ein weiteres Musterbeispiel dieser Einbildung liefert die AGF. Mit Bezug auf einige ihrer Obersten stellt der Miragebericht fest: «Sie empfanden kein Bedürfnis, sich bei ausgewiesenen Vertretern der Wissenschaft und Technik zu orientieren.»

Daß die Instruktionsoffiziere, die in die Verwaltung hineinbefohlen wurden, gar nicht in der Lage sind, erfolgreich zu arbeiten, da sie die Probleme gar nicht durchschauen, geht auch aus dem Miragebericht hervor. Im 2. Kapitel unter Ziffer 2 heißt es so schön von dieser Tätigkeit «unkoordiniert». Wie gut die von Daenzer reorganisierte kaufmännische Organisation der KTA unter der Führung eines Instruktionsoffiziers spielte, wird im Miragebericht treffend charakterisiert:

Jeder trug etwas dazu bei, niemand koordinierte.

Der Irrweg im EMD, nämlich die Hegemonie der Militärs, ist die Ursache, daß passend und unpassend nach dem Befehlsprinzip verfahren wird. Der Kontakt mit dem untergebenen Fachmann wird nur «über den Dienstweg gepflegt».

Obwohl in aller Welt bekannt ist, daß eine persönliche Aussprache für die Behandlung technischer Probleme die einzig mögliche Lösung ist, hat weder der Chef des EMD noch der Generalstabschef noch die übrigen hohen Militärs je den nötigen unmittelbaren Kontakt mit dem wirklich erfahrenen Fachmann gepflegt. Aus einer völlig falschen negativen Einstellung der Instruktionsoffiziere gegenüber der freiwilligen Zusammenarbeit, wie sie in der Verwaltung notwendig ist, und trotz der beherrschenden Rolle, welche die Technik heute in der Landesverteidigung spielt, wurde der beruflich ausgebildete Kriegstechniker als notwendiges Übel betrachtet.

Der verfehlte Einsatz von Instruktionsoffizieren

Einen nicht minder großen Anteil am Miragefiasko hat der verfehlte Einsatz von Instruktionsoffizieren. Selbst von bürgerlicher Seite mußte in der Mirageherbstsession dieser Übelstand offen zugegeben werden. Nationalrat Clavadetscher (Luzern) sagte: «Die Besetzung hoher Verwaltungsstellen im EMD mit alten Instruktionsoffizieren ist nicht immer glücklich.» Auch die «Tat» schrieb damals: «Die Besetzung hoher militärischer Posten erfolgt nicht immer zweckmäßig. In gewissen Fällen sollte vorzeitige Pensionierung erfolgen.» Auch die «National-Zeitung» führte aus: «Es ist für Außenstehende unvorstellbar, wie oft solche Instruktionsoffiziere für Arbeiten eingesetzt werden, für deren Bewältigung der Stand ihrer technischen Bildung nicht ausreicht.» Und hat nicht kürzlich Nationalrat Hubacher in der «AZ» ausgeführt: «Ohne irgend jemandem nahetreten zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß dem in keiner Weise der Fall ist. An der Spitze der Milliardenumsätze aufweisenden Abteilungen (im EMD) stehen vielfach für diese Aufgaben nicht vorbereitete, nicht ausgebildete – sagen wir es ruhig –, nicht fähige ehemalige Instruktionsoffiziere.»

Die Militärs glauben immer noch, auch die Verwaltung sei ein Kasernenhof oder Truppenübungsplatz. Genau wie im Militärdienst, herrscht ein em-

siges Treiben. Gegenbefehl folgt auf Befehl. Auch im EMD ist sozusagen seit Jahren alles in fortwährender Umorganisation. Es werden neue Posten geschaffen, bewährte Mitarbeiter kurzerhand versetzt, weil es der neue Chef, ein Instruktionsoffizier, befiehlt. Es werden hochtrabende Richtlinien verkündet (die wievielen?). Jeder meint, mit ihm beginne eine neue Ära im EMD.

Die geschilderte Verständnislosigkeit gegenüber den Ansprüchen moderner Kriegsmaterialbeschaffung erklärt auch die unbegreifliche Handlungsweise des ehemaligen Waffenchefs der Flieger und Fliegerabwehrtruppen, Oberstdivisionär Primault, der einen Instruktionsoffizier ohne genügende technische Ausbildung als Chef des Mirageprojektes einsetzte. Dieser war selbstverständlich nicht in der Lage, die weittragenden Folgen seiner zwar forschen, aber dilettantenhaften Tätigkeit zu überblicken.

Die «Pro-forma-Kommissionen»

Noch einige Worte zum Problemkreis «Kommissionen». Es wäre an der Zeit, daß sich die Parlamentarier auch einmal dieser unfruchtbaren «Kommissionen» annehmen würden. Der Hauptharst der Mitglieder wird natürlich durch die Instruktionsoffiziere gestellt, die (obwohl es sich um Fachkommissionen handelt, in denen oft weitreichende Anträge oder wichtige Entschlüsse ausgearbeitet werden sollten) weder das nötige berufliche Wissen noch den Willen zu einem fruchtbaren Gespräch mitbringen. Der Miragebericht hat ja die Zusammensetzung einer solchen Kommission, die «AGF», genügend bloßgestellt.

Wer erinnert sich noch an die Panzerkommission seligen Angedenkens? Was hat sie uns beschert? Für viele hundert Millionen Franken wurden veraltete 50-Tonnen-Centurion-Panzer beschafft, die, wie jetzt der indisch-pakistanische Feldzug zeigte, alle samt und sonders leichte Beute der Panzerabwehrlenk Waffen wurden. Indien hat in einigen Stunden Hunderte seiner Centurionpanzer verloren. Genau das gleiche würde unseren Centurion blühen. Die Russen besitzen ausgezeichnete Panzerabwehrlenk Waffen, denen die Centurion niemals gewachsen sind. Bereits im Jahre 1954 wurde von «Zivilisten» auf die Unbrauchbarkeit und Verletzbarkeit dieser Stahlungetüme hingewiesen.

Ein Musterbeispiel einer weiteren falsch zusammengesetzten Kommission bildet die Landesverteidigungskommission (LVK). Durch den Miragebericht ist auch die LVK schwer belastet. Hat sie doch die sogenannten «Richtlinien» für das berüchtigte Mehrzweckflugzeug, welches nirgends zu finden war, ausgeheckt, ohne daß die Herren es der Mühe wert fanden, sich bei den Wissenschaftlern und den Ingenieuren zu erkundigen. Der Mirageskandal deckte schonungslos auf, welche Folgen der Mangel an technischen Fachleuten in der LVK hatte.

Ein weiteres typisches Versagen der LVK ist das Fiasko in der Beschaffung von Panzerabwehrlenkwaffen. Die seinerzeitige Panzerhysterie ging so weit, daß vor allem Züblin blindlings alles bekämpfte, was mit der Panzerabwehr zu tun hatte. Was wurde von seiner Seite diesen Waffen an Nachteilen angedichtet! Nachdem die ganze Welt seit Jahren Panzerabwehrlenkwaffen in den Armeen verwendet, entdeckte die LVK nun auch diese Waffen. Ein vor zehn Jahren aufs Eis gelegter Kredit für die «dringende Beschaffung von Panzerabwehrwaffen» wird jetzt, nachdem er 20 bis 30 Prozent weniger wert ist, für den Kauf von ausländischen Lenkwaffen hervorgezogen. Die Höhe ist nun aber die: Anstatt wirklich das Neueste, bereits technisch Erprobte zu beschaffen, werden mehr oder weniger «Ladenhüter» gekauft, die wir ebensogut vor zehn Jahren bei den Franzosen gekriegt hätten. Aus der unbegreiflichen Verzögerung der LVK resultiert, daß noch einige Jahre vergehen werden, bis die Truppe diese neuen Waffen beherrscht – die dann restlos veraltet sein werden. Die neuen, wirklich modernen Panzerabwehrlenkwaffen können einen Panzer schon ab 75 Meter Distanz und nicht erst ab 250 Meter bekämpfen. Jeder Infanterist wird ermessen können, was es heißt, wenn mit unseren Panzerabwehrlenkwaffen ein Panzer nicht mehr bekämpft werden kann, sobald er näher als 250 Meter nähergerückt ist. Moderne Panzerabwehrlenkwaffen weisen eine Infrarotlenkung auf, welche die Wahrscheinlichkeit der Panzervernichtung wesentlich erhöht und auf der anderen Seite die Schießausbildung vereinfacht. Also auch hier: eine millionenschwere Pleite, ein Inkaufnehmenmüssen einer unverantwortbaren taktischen Schwäche in der Panzerabwehr und dazu eine *verärgerte einheimische Industrie*, die nicht berücksichtigt wurde.

Unglückliche Vertreterwirtschaft

Es ist an der Zeit, einmal auf einen wenig bekannten, aber lukrativen Geschäftszweig aufmerksam zu machen. In den Fliegerkreisen hat sich nämlich eine ausgedehnte Vertreterwirtschaft eingenistet. Abgesehen von der seinerzeitigen Provisionsaffäre bei der Kriegsmaterialbeschaffung gibt es Fliegeroffiziere hohen und niedrigen Grades, welche sich die offizielle Vertretung ausländischer Flugzeug- und Lenkwaffenfirmen sichern konnten.

Es ist unbegreiflich, warum wir, anstatt direkt im Ausland zu bestellen, über einen oder mehrere schweizerische Fliegerobersten unsere Einkäufe tätigen müssen. Es ist doch sicher so, daß die Lieferpreise infolge der Vertreterprovisionen wesentlich höher liegen müssen. All das geht zu Lasten des Steuerzahlers. Noch schlimmer aber ist, daß durch diese Interessenverbindung Elemente in die Beurteilung der Kriegsmaterialbeschaffung hineingetragen werden, die offensichtlich subjektiver Natur sind. Warum duldet unser EMD derartige Zustände?

Gibt es einen militärischen Mythos?

Bundesrat Chaudet erklärte in der Mirageherbstsession im Nationalrat, es gebe keinen militärischen Mythos. Auch hier ist Bundesrat Chaudet falsch orientiert. Es gibt nicht nur einen militärischen Mythos, sondern sogar einen sehr perfekten schweizerischen militärischen Mythos. Der Mythos beginnt mit dem Instruktorenstatut. Dadurch werden die Instruktoren bevorzugte Beamte innerhalb der Verwaltung. Sie bilden eine eigene Zunft innerhalb der Offiziere. Und dazu kommt noch, daß die Militärs der Landesverteidigungskommission überhaupt keine Bundesbeamten mehr sind. Kommt es daher, daß diese Herren, gleich Olympiern, meinen, sie könnten schalten und walten, wie es ihnen gerade paßt? Die französische Zeitung «Le Monde» hat sicher mit Recht im Zusammenhang mit dem Mirageskandal geschrieben: «Gewiß ist die Schweiz nicht von einer Militärdiktatur bedroht. Aber sie hat rechtzeitig eine Warnung erhalten.»

Weitere Charakterzüge dieses militärischen Mythos sind an den Methoden, wie die Instruktionsoffiziere innerhalb der Verwaltung arbeiten, zu erkennen. Anlässlich der Miragedebatte wurden ziemlich unverblümt diese Methoden sogar von bürgerlicher Seite angeprangert. Nationalrat Guisan (Vaud, lib.) sprach von Mangel an Disziplin. Nationalrat Schürmann (Basel, dem.) erwähnte die Eigenmächtigkeit. Der Kommissionsbericht stellt anfechtbares Vorgehen (Betragsverminderung durch die LVK der Miragekosten), Verschwinden von wichtigen Aktenstücken, Skrupellosigkeit im Verfassen von Botschaften usw. fest.

Auch die Kommission Abrecht kommt zu ganz ähnlichen Feststellungen, wenn sie im Bericht schreibt: «... den zuständigen Behörden verschwiegen», «sie hätten das Unzulässige ihres Vorgehens einsehen können oder müssen». Ja, sogar von «unzulässigen Schiebungen» ist im Bericht Abrecht die Rede. Lassen diese Urteile nicht tief in die von diesen Instruktionsoffizieren angewandten Methoden blicken.

In das gleiche Kapitel der Skrupellosigkeit und des Sichhinwegsetzens über das gesunde Volksempfinden gehören folgende Begebenheiten:

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft, die heute von der Mirageclique vollständig beherrscht wird, hielt letztes Jahr eine Sitzung des Zentralvorstandes ab, über welche die «Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift» wie folgt berichtete: «Abschließend spricht der Zentralvorstand dem scheidenden Generalstabschef, Herrn Oberstkörpskommandant, den Dank der SOG für *dessen erfolgreiches Wirken im Interesse unserer Landesverteidigung* aus und überreicht ihm die Wappenscheibe der SOG, verbunden mit den besten Wünschen für die neuen Aufgaben, die ihm vom Bundesrat anvertraut wurden.» Wurde nicht Annasohn im Abrecht-Bericht zu einem der Hauptverantwortlichen im Miragefiasko gestempelt? Und da gehen die naiven Milizoffiziere

hin, diesem Hauptverantwortlichen für sein «erfolgreiches Wirken» eine Wappenscheibe zu stiften!

Aber die Sache wird noch bunter. Wurde nicht bekannt, daß anläßlich des Rapportes, welchen der neue Waffenchef Studer der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen in Bern veranstaltete, der abgesägte Waffenchef Primault diesmal in Zivil aufkreuzte und daß erst kürzlich, am 30. November 1965, der Herr Oberstdivisionär Primault «zur besonderen Freude» der Offiziere der AVIA-Flab die Generalversammlung mit seiner Anwesenheit beehrte? Obwohl die Kommission Abrecht ihm seine Pensionsansprüche zuspricht, ist er von den Anklagen der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft in keiner Weise entlastet worden und ist heute noch als einer der Hauptverantwortlichen im Mirageskandal zu betrachten.

Die Wachtablösung ist fällig

Das Fazit des Mirageskandals ist ein gestörtes Vertrauensverhältnis zum EMD, insbesondere zu Bundesrat Chaudet und zu verschiedenen höheren Offizieren und Beamten des EMD. Chaudet und seine Trabanten, einige bürgerliche Politiker, spekulieren auf die Vergeßlichkeit des Bürgers. Sie arbeiten lautlos auf Zeitgewinn hin; sie stecken Hieb auf Hieb ein und zeigen allenfalls ein tränendes Auge. Aber eines müssen diese Herrschaften doch selbst zugeben: daß der Vertrauensschwund nicht erst nach der Veröffentlichung des Mirageberichtes einsetzte, sondern daß er schon viele Jahre besteht. Die Machenschaften im EMD, die undemokratische Maulkorbpolitik gegenüber fähigen, loyalen Offizieren, das Decken der Fehler unfähiger Instruktionsoffiziere, die verfuhrwerkte Kriegsmaterialbeschaffung, die tendenziöse Informationspolitik, all das führte zu wiederholten Anfragen im Parlament, die aber alle von Chaudet schubladisiert wurden. Der Mirageskandal hat nun glücklicherweise das Faß regelrecht zum Überlaufen gebracht. Der Kommissionsbericht stellt dem EMD alles andere als ein Fähigkeitszeugnis aus. Jetzt, da die Urheber des Mirageskandals mit vollem Recht kritisiert werden, glaubt Chaudet mit billigen Ausflüchten, wie «Ungeschicklichkeiten», das Versagen seines Regimes zu entschuldigen. Derartige Ausreden ziehen nicht. Zu deutlich ist die Stelle im Miragebericht, die lautet:

Die Gegenüberstellung verschiedener Behauptungen in der Botschaft 1961 und der gegenteiligen späteren Ausführungen in der Botschaft 1964 macht es in der Tat schwer, an die Gutgläubigkeit aller an der Ausarbeitung der Botschaft 1961 Beteiligten zu glauben.

Wenn auch der parlamentarische Kommissionsbericht einigen Persönlichkeiten eine Integrität zubilligt, so ist die Frage eines bekannten Nationalrates berechtigt, die lautete: Ob man integer sei, wenn man sein Ziel auf krummen Wegen zu erreichen sucht?

Das Volk hat schon lange gemerkt, daß im EMD allerhand faul ist. Solange weiterhin einzelne hochgestellte Persönlichkeiten und Militärs ehrgeizig und eigenwillig schalten und walten, entstehen Schäden, die kaum mehr gutzumachen sind. Die Durchleuchtung des EMD und die daraus resultierende Reorganisation ist ein Anliegen des gesamten Schweizervolkes, und es wäre erste Pflicht aller Parlamentarier, mit Bezug auf die militärische Landesverteidigung zum Rechten zu sehen.

RICHARD SCHWERTFEGER

Tragen die ausländischen Arbeitskräfte zu unserem Wohlstand bei ?

Bei den Diskussionen über den Abbau der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in unserem Land tauchen mitunter gefühlsbetonte Regungen auf, die besagen, ohne unsere Gastarbeiter wäre der gegenwärtige Wohlstand nicht möglich. Eine etwas kritischere Betrachtung zeigt allerdings, daß dem nicht unbedingt so ist. Wie so oft bei volkswirtschaftlichen Tatbeständen, liegen die Verhältnisse in der Wirklichkeit weit komplizierter.

Worin besteht denn eigentlich unser Wohlstand? Unseres Erachtens bildet Wohlstand die Summe alles dessen, was wir verbrauchen können. Eine Fabrik voller schöner und teurer Maschinen, die stillsteht, ist weder Wohlstand an sich noch erzeugt sie solchen. Geld, das in der Krise auf der Bank brachliegt, weil keine Nachfrage besteht, bildet ebenfalls keinen Wohlstand – alles Erfahrungen, die wenigstens der älteren Generation noch durchaus geläufig sein dürften. Wohlstand entsteht also durch Güterproduktion – kurzfristig und vom einzelnen Konsumenten betrachtet, durch die Produktion von Konsumgütern. Man könnte daraus den Schluß ziehen, eine möglichst große Güterproduktion ver helfe somit auch zu einem maximalen Wohlstand und die weitere, nahe liegende Folgerung, durch die Einstellung immer weiterer Arbeitskräfte, die man eben im Ausland holen muß, weil der Arbeitsmarkt im Inland erschöpft ist, könne man die Güterproduktion und damit den Wohlstand beliebig steigern.

Ist dem aber in Wirklichkeit so? Wir glauben es nicht, und zwar aus folgenden Erwägungen: Die Arbeitskräfte allein nützen unter den heutigen Produktionsverhältnissen nichts. Sie müssen Maschinen haben, an denen sie arbeiten können, aber auch die nötigen Kenntnisse, um mit ihnen umzugehen. Weder bringen sie ihre Maschinen aus dem Ausland mit, noch verfügen sie in der Regel über die erforderlichen Berufskenntnisse, zumindest am Anfang. Maschinen und Ausbildung kosten aber viel Geld. Für das Geld, das wir in